

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
08. Rat 2025-2030
Sitzungsdatum:
16.07.2026

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 16.07.2026

Unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Christine Stadler versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2026
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 3.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.11.2025 aus öffentlicher Sitzung
- 3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.11.2025 aus öffentlicher Sitzung
- 3.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.12.2025 aus öffentlicher Sitzung
4. Zuleitung des bestätigten Entwurfes des Jahresabschluss 2025
5. Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen
6. Ergebnis zum Prüfauftrag des Rates vom 12.05.2026 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2026 betr. Unterstützung des Imkervereins Übach-Palenberg
7. Neufassung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
8. Schulträgerbeschluss nach § 46 Abs. 6 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW)
9. Ausschreibung einer niederschweligen Flüchtlingsbetreuung einschließlich der Hausmeisterdienste in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt Übach-Palenberg

10. 2. Beteiligung zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP)
11. 68. Änderung des Flächennutzungsplanes - Marienhöhe II - hier: erneuter Abschluss der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und erneuter Feststellungsbeschluss
12. Beschluss über die Durchführung der kommunalen Wärmeplanung (Planungsdurchführungsbeschluss)
13. Abweichungssatzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Übach-Palenberg für die Bruchhausener Straße
14. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 04.05.2026 gem. § 4 GeschO betr. Umbesetzung der Fachausschüsse des Rates in der Wahlperiode 2025-2030
15. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 15.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Geschäftsordnung
16. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2026 gem. § 4 GeschO betr. Sicherung und Weiterentwicklung eines Grundstücks im OT Frelenberg
17. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung und Umsetzung einer künstlerischen Gestaltung der Wurmthalbrücke durch Street-Art-Kunst
18. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Friedhofssatzung - Erlaubnis für das Mitführen von Hunden an kurzer Leine auf Friedhöfen mit Evaluationsklausel
19. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Verkehrsregelung/ Verkehrsführung in der Carolus-Magnus-Straße
20. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 25.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfauftrag zur Einführung und verstärkten Nutzung von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung Übach-Palenberg
21. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung zur Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet
22. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Sicheres Miteinander im Naherholungsgebiet – Maßnahmen zur korrekten Nutzung von E-Scootern
23. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Beitritt der Stadt Übach-Palenberg zum Fachnetzwerk Fördermittel NRW der Kommunal Agentur NRW
24. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung der Möglichkeiten für ein Sommer-Zeltlager für Kinder und Jugendliche im Ü-Bad
25. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 26. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 27. Bericht und Mitteilungen der Bürgermeisterin
- Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 28. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 28.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.11.2025 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 28.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.12.2025 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 29. Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH
hier: Beschlüsse zum Finanzierungskonzept
- 30. Beitritt zu einem kommunalen IT-Dienstleister
- 31. Vergabeangelegenheit
- 31.1 Vergabe der Energie- und Bauberatung als Teilmaßnahme des Integrierten Handlungskonzeptes Palenberg (InHK Palenberg)
- 31.2 Verlängerung der Anmietung einer Wohncontaineranlage zur Unterbringung von Asylbewerbern
- 32. Personalangelegenheit
- 32.1 Einstellung eines tariflich Beschäftigten
- 33. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 33.1 Stellenbesetzung mit einem tariflich Beschäftigten
- 34. Bericht und Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Daniela Altana	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Edgar Busch	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Marcel Derichs	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Lisa Dortants	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Hans Engels	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Eduard Felzen	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Tobin Fiedler	B90/ Die Grünen

	(Fraktion Bündnis 90/ Die Linke)
Herr Heinrich-Josef Frings	UWG/ Freie Wähler
Frau Jessica Janowski	AfD (AfD-Fraktion)
Frau Hildegard Junker	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Walter Junker	CDU (CDU-Fraktion)
Frau Doris Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)

abwesend während TOP
31.1 und 31.2 (20.23 Uhr
bis 20.25 Uhr)

Herr Robert Kohnen	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Frank Kozian	B 90/Die Grünen (Fraktion B 90/Die Linke)
Frau Ulrike Leenders	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Peter Mingers	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Daniel Müller	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Marcel Müller-Janowski	AfD (AfD-Fraktion)
Herr Christoph Nilles	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Michael Nitsch	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Uwe Ohlenforst	AfD (AfD-Fraktion)

abwesend währen TOP 28
(20.06 Uhr bis 20.08 Uhr)

Herr Thomas Otten	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Britta Reinold	AfD (AfD-Fraktion)
Herr Josef Switalla	CDU (CDU-Fraktion)
Frau Concepción Talavera Naranjo	CDU (CDU-Fraktion)
Herr Max Winkowski	Die Linke (Fraktion B 90/ Die Linke)
Herr Michael Ziege	CDU (CDU-Fraktion)

Abwesende Stadtverordnete

Herr Andre Haese	AfD (AfD-Fraktion)
Herr Marc Moskall	AfD (AfD-Fraktion)
Herr Giuliano Reißen	AfD (AfD-Fraktion)

Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Christine Stadler SPD

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Thomas Schröder
Herr Kämmerer Björn Beeck
Frau Stadtoberverwaltungsrätin Jutta Gündling
Herr Technischer Bediensteter Achim Engels
Frau Stadtverwaltungsrätin Maike Heinen
Herr Stadtverwaltungsrat Kevin Hermanns
Herr Verwaltungsbediensteter Lars Kleinsteuber
Herr Technischer Bediensteter Oliver Stoffels

Schriftführung

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeisterin Stadler stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie den Vertreter der Presse.

Sie verwies auf die vorgesehene Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 33.1 „Stellenbesetzung mit einem tariflich Beschäftigten“ im nichtöffentlichen Teil und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um Punkt 33.1 „Stellenbesetzung mit einem tariflich Beschäftigten“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

Bürgermeisterin Stadler beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls 2 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2026

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 12.05.2026 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen seitens der Einwohnerschaft vor.

3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

3.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.11.2025 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.11.2025 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.11.2025 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.11.2025 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.12.2025 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 16.12.2025 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4. Zuleitung des bestätigten Entwurfes des Jahresabschluss 2025

Bürgermeisterin Stadler teilte mit, dass der bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2025 ab sofort im Gremieninformationsportal zur Verfügung stehe und insofern zugeleitet sei (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

5. Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen

Beschluss:

Für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen werden Haushaltsmittel in Höhe von 15.400,00 EUR außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

6. Ergebnis zum Prüfauftrag des Rates vom 12.05.2026 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2026 betr. Unterstützung des Imkervereins Übach-Palenberg

Die **SPD-Fraktion** begrüßte die vorliegende Sitzungsvorlage. Sie bat darum,

dass die Verwaltung das Thema auch medienwirksam mit unterstütze.

Bürgermeisterin Stadler erklärte, dies sei für sie selbstverständlich.

Beschluss:

1. Die Stadt Übach-Palenberg gewährt dem Imkerverein Übach-Palenberg gegen Vorlage entsprechender Rechnungen einen finanziellen Zuschuss von 50 % der Gesamtausrüstungskosten, maximal jedoch 2.500 €.
2. Die Stadt Übach-Palenberg ist bereit, dem Imkerverein nach vorheriger Absprache mit dem Technischen Betrieb kostenlos eine Hebebühne zur Bekämpfung hochgelegener Hornissennester auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg zur Verfügung zu stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorhandenen Fördertopf für private Klimaschutzmaßnahmen für Anträge für die Erstattung von Bekämpfungspauschale an den Imkerverein Übach-Palenberg (Primärnester 75 €, Sekundärnester 150 €) zu öffnen und insofern alles weitere zu veranlassen. Wie für alle anderen Fördermöglichkeiten aus diesem Fördertopf gilt auch für die Erstattung der Bekämpfungspauschale an den Imkerverein Übach-Palenberg das Windhundprinzip.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7. Neufassung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg in der Fassung vom 08.07.2026 (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Schulträgerbeschluss nach § 46 Abs. 6 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW)
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt, bei Aufnahmeentscheidun-

gen an den Schulen der Sekundarstufe I im Stadtgebiet Übach-Palenberg von der Regelung des § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) Gebrauch zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. **Ausschreibung einer niederschwelligen Flüchtlingsbetreuung einschließlich der Hausmeisterdienste in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beauftragt die Verwaltung, die Leistungen der niederschwelligen Flüchtlingsbetreuung einschließlich der Hausmeisterdienste an den städtischen Flüchtlingsunterkünften im Umfang von zwei Vollzeitstellen, auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen

10. **2. Beteiligung zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP)**
-

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

11. **68. Änderung des Flächennutzungsplanes - Marienhöhe II - hier: erneuter Abschluss der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und erneuter Feststellungsbeschluss**
-

Bürgermeisterin Stadler fragte im Vorfeld zur Abstimmung zu Nummer 1 und 2, ob es Wortmeldungen zu den einzelnen Stellungnahmen der vorliegenden Abwägungstabelle gebe. Dies war nicht der Fall. Im Weiteren fragte sie, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, über die vorliegende Abwägungstabelle im Ganzen abzustimmen. Auch dies war nicht der Fall, sodass Bürgermeisterin Stadler die Abwägungstabelle betr. Nummer 1 und 2 im Ganzen zur Abstimmung stellte.

Beschluss:

1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Über die während der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 68. Änderung des Flächennutzungsplanes – Marienhöhe II – wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 25 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 2: 25 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 3: 19 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

12. Beschluss über die Durchführung der kommunalen Wärmeplanung (Plangnungsdurchführungsbeschluss)

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg wird eine Wärmeplanung nach den Vorschriften des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) des Bundes durchführen.

Mit der Erstellung des Planentwurfs und der Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen und Analysen (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 WPG) sowie der Erstellung des Entwurfs nach § 13 Abs. 3 WPG i. V. m. Anlage 2 zum WPG ist ein externer Dienstleister zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Abweichungssatzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Übach-Palenberg für die Bruchhausener Straße

Beschluss:

In Abweichung von § 8 Abs. 1 b) der Erschließungsbeitragssatzung vom

03.06.1991 (EBS) wird gemäß § 8 Abs. 3 EBS bestimmt, dass *beidseitige Gehwege* in der Bruchhausener Straße als Merkmal der endgültigen Herstellung wegfallen. Die Anlage gilt mit einseitigem Gehweg als endgültig hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 04.05.2026 gem. § 4 GeschO betr. Umbesetzung der Fachausschüsse des Rates in der Wahlperiode 2025-2030

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Linke** stellte zum vorliegenden Antrag richtig, dass sich die Neubesetzung der persönlichen Vertretung der sachkundigen Einwohnerin Glashagen auf den Ausschuss für Bauen und Ordnung beziehe und bat, dies bei der Beschlussfassung entsprechend zu berücksichtigen.

Beschluss:

Folgende Änderungen in der Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg werden beschlossen:

- 1. Persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Fiedler im Ausschuss für Bauen und Ordnung wird sachkundiger Bürger Felix Pöttgens (statt Dominik Stockem).**
- 2. Persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Winkowski im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales wird sachkundige Bürgerin Marion Wissing (statt Martina Czervan-Quintana Schmidt).**
- 3. Persönliche Vertreterin für sachkundige Einwohnerin Glashagen im Ausschuss für Bauen und Ordnung wird sachkundige Einwohnerin Lara Kocur (statt Florian Peters).**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeisterin Stadler beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

15. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 15.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Geschäftsordnung

Die **Verwaltung** führte aus, dass dem Informationsrecht der Ratsmitglieder ein hoher Stellenwert beigemessen werde, dem die Verwaltung auch nachkommen wolle. Eine längere Ladungsfrist führe jedoch zu weniger Zeit zwischen den Sitzungsvor- und -nachbereitungen. Neben der Erarbeitung von Sitzungsvorlagen unter Beibehaltung des erreichten Niveaus müsse aber auch die Handlungsfä-

higkeit zur Erfüllung weiterer Aufgaben wie der Umsetzung der bereits gefassten Beschlüsse, der Erfüllung rechtlicher Pflichtaufgaben sowie der Bearbeitung von Bürgeranliegen gewährleistet sein. Sie wies darauf hin, dass sich die Ladungsfrist der Stadt Übach-Palenberg im regionalen Vergleich im üblichen Rahmen befinde.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linke** erklärte, dass sich die Bearbeitungszeit für die Verwaltung durch eine Verlängerung der Ladungsfrist lediglich verschieben würde und dadurch keine zusätzliche Mehrarbeit entstehe. Sie bestätigte, dass eine sorgfältige Vorbereitung der Sitzungsunterlagen von großer Bedeutung sei. Gleichzeitig müsste den Ratsmitgliedern jedoch die Gelegenheit gegeben werden, sich hiermit auch intensiv beschäftigen zu können.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, sie halte eine Ladungsfrist von 14 Tagen für zu lang. Sofern man an der Ladungsfrist von 7 Tagen festhalte, sei jedoch wichtig, dass die Vorlagen dann mit Ablauf der Frist vollständig vorliegen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie eine deutlich qualitative Verbesserung der Sitzungsvorlagen sowie eine Abnahme der Nachsendungen von Vorlagen erkenne. Deshalb halte sie eine Verlängerung der Ladungsfrist nicht für erforderlich. Zudem würde die Aktualität der Informationen abnehmen, wenn die Erstellung der Vorlagen zu früh abgeschlossen sein müsste.

Antrag:

Folgende Änderung der Geschäftsordnung wird beschlossen:

§2 Ladungsfrist

- (1) Die Einladung muss den Stadtverordneten mindestens 14 volle Tage vor dem Sitzungstag, den Tag der Absendung nicht eingerechnet, zugehen.**

§3 Aufstellung der Tagesordnung

- (1) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin setzt die Tagesordnung fest (§ 48 Abs. 1 Satz 1 GO NRW). Sie kann durch Nachträge ergänzt werden, die verfahrensgemäß wie die Tagesordnung selbst zu behandeln sind (vgl. § 1 Abs. 2, 3). Er/ sie hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihm/ ihr in schriftlicher Form spätestens 16 volle Tage vor dem Sitzungstag von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden.**

Abstimmungsergebnis:

**3 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
10 Enthaltungen**

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

16. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2026 gem. § 4 GeschO betr. Sicherung und Weiterentwicklung eines Grundstücks im OT Frelenberg

Die **SPD-Fraktion** führte aus, dass sie den Antrag deshalb gestellt habe, weil sie ein gewisses Risikopotential sehe, dass überprüft werden sollte. Gleichzeitig erhoffe sie sich Klarheit betr. die Eigentumsverhältnisse.

Bürgermeisterin Stadler teilte mit, dass sich die Verwaltung bereits seit längerer Zeit mit dem Objekt befasse und selbst an einer Lösung interessiert sei. Aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse gestalte sich dies jedoch schwierig.

Auf Anfrage der **AfD-Fraktion** bestätigte die **Verwaltung**, dass nach ihrem Stand das Nachlassgericht im Rahmen der Erbenermittlung noch keine neuen Erkenntnisse habe.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sich ihr Antrag erledigt habe, da sich der Sachverhalt bereits in Bearbeitung befinde.

Die **Verwaltung** sagte zu, den Rat über den weiteren Verlauf zu informieren.

17. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung und Umsetzung einer künstlerischen Gestaltung der Wurmthalbrücke durch Street-Art-Kunst

Die **CDU-Fraktion** führte ergänzend zu ihrem Antrag aus, dass der Beschluss selbstverständlich unter dem Vorbehalt einer Zustimmung durch Straßen.NRW stehe. Sofern der Bewuchs problematisiert werden sollte, wäre der Künstler in der Lage, diesen in seine Gestaltung einzuarbeiten, so dass er nicht entfernt werden müsse.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie halte dies grundsätzlich für eine unterstützenswerte Idee. Als Ort könnte man hierfür aber auch die Bahnunterführung nehmen, da die Deutsche Bahn solche Projekte unterstütze und regte insofern an, den Antrag hierum zu ergänzen.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, auch die Gestaltung der Bahnunterführung sei eine gute Idee, aber als eigenständiger Antrag zu sehen. Sie wolle grundsätzlich an der Brücke festhalten.

Bürgermeisterin Stadler berichtete, dass bereits ein anderer Künstler an sie wegen Fassadengestaltung herangetreten sei. Sie könne sich vorstellen, dass beide Künstler zusammenarbeiten und sich dies im Rahmen des Quartiersmanagements in Palenberg umsetzen lasse.

Es wurde sich darauf verständigt, dass die Bahnhofsunterführung als zusätzliche und nicht als optionale Örtlichkeit mit aufgenommen werde.

Bürgermeisterin Stadler stellte den insoweit geänderten Antragstext zur Abstimmung.

Antrag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen für eine künstlerische Gestaltung der Wurmthalbrücke durch den Übach-Palenberger Street-Art-Künstler Marcel Brouwer zu schaffen, die nachfolgend aufgeführten Aspekte zu prüfen sowie die Maßnahmen nach Vorliegen der erforderlichen rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen umzusetzen.

Hierbei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. die rechtlichen und genehmigungsrelevanten Voraussetzungen zur Umsetzung eines Street-Art-Projekts an der Brücke sowie in der Bahnhausunterführung,
2. die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen, insbesondere Reinigung der Flächen, und Entfernung von Bewuchs,
3. die Möglichkeit einer Finanzierung der Materialkosten über Mittel der Städtebauförderung, insbesondere über den geplanten Verfügungsfonds des integrierten Handlungskonzepts (INHK) Palenberg oder andere geeignete Fördermöglichkeiten,
4. die Einbindung des Projekts in die im Rahmen des INHK angestrebte Entwicklung einer Kunst- und Kulturmeile im Ortsteil Palenberg.

Dem zuständigen Ausschuss ist über die Ergebnisse der Prüfungen und den Stand der Umsetzung regelmäßig zu berichten. Hierzu sind dem Ausschuss das Gestaltungskonzept unter Beteiligung des Künstlers sowie ein gemeinsam mit dem Künstler erarbeiteter Zeit- und Umsetzungsplan zur Beratung und weiteren Begleitung des Projektes vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

18. **Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Friedhofssatzung - Erlaubnis für das Mitführen von Hunden an kurzer Leine auf Friedhöfen mit Evaluationsklausel**

Die **CDU-Fraktion** erläuterte den Grund ihres Antrages und verwies darauf, dass andere Kommunen mit vergleichbaren Regelungen gute Erfahrungen gemacht hätten.

Die **Verwaltung** schlug vor, eine entsprechende Satzungsänderung für die nächste Sitzungsfolge vorzubereiten und entsprechende Vorschläge für ergänzende Regelungen (z.B. Ausschluss bestimmter Hunderassen o. ä.) in dem Zusammenhang zu erarbeiten und ggf. mit einzubringen.

Es wurde sich darauf verständigt, dass der vorliegende Antragstext insoweit abgeändert werde, dass der Rat die Verwaltung beauftrage, eine entsprechende Satzungsänderung vorzubereiten.

Antrag:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beauftragt die Verwaltung, eine Änderung der bestehenden Friedhofssatzung dahingehend vorzubereiten, dass das Mitführen von Hunden auf Friedhöfen grundsätzlich erlaubt ist, sofern diese an einer kurzen Leine geführt werden. Während Bestattungen und Trauerfeiern bleibt das Mitführen von Hunden auf den betroffenen Friedhofsbereichen weiterhin untersagt.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Auswirkungen dieser Regelung nach einem Jahr zu evaluieren und dem Rat einen entsprechenden Erfahrungsbericht vorzulegen. Auf Grundlage dieser Evaluation ist über eine Beibehaltung, Anpassung oder Rücknahme der Regelung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

19. **Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Verkehrsregelung/ Verkehrsführung in der Carolus-Magnus-Straße**

Die **CDU-Fraktion** erläuterte ihren Antrag.

Die **Verwaltung** erklärte, dass die Änderung der Verkehrsführung sowohl im Rahmen des Masterplans Mobilität als auch in den Bürgerstätten thematisiert worden sei und sich gezeigt habe, dass bürgerseitig ein hohes Interesse an der Verkehrsführungsänderung in der Carolus-Magnus-Straße bestehe. Insofern sei dieser Aspekt in die Planungen mit eingeflossen. Vor diesem Hintergrund empfehle sie, zum jetzigen Zeitpunkt nicht für einzelne Teilbereiche vorab Änderungen zu beschließen, sondern eine ganzheitliche Lösung anzustreben. Es sei geplant den entsprechenden Entwurf im Oktober vorzustellen.

Die **SPD-Fraktion** wies darauf hin, dass sie sich bereits seit langem für eine Änderung der Verkehrsführung ausspreche und auch die Ergebnisse aus den Bürgerwerkstätten ein deutliches Signal hierfür gesetzt haben. Insofern zeige sie sich verwundert über den vorliegenden Antrag.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linke** sprach sich für eine ganzheitliche Lösung aus.

Die **AfD-Fraktion** empfahl, bei der Lösungsfindung den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung besonderes Gewicht beizumessen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion stellte **Bürgermeisterin Stadler** einvernehmlich folgenden geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Änderung der Verkehrsführung in der Carolus-Magnus-Straße zu prüfen und das Ergebnis in der nächsten

Sitzung des Ausschusses für Bauen und Ordnung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 25.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfauftrag zur Einführung und verstärkten Nutzung von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung Übach-Palenberg**
-

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linke** erläuterte ihren Antrag.

Die **SPD-Fraktion** begrüßte den Antrag grundsätzlich, und erklärte, dass sie den Einsatz von Open-Source-Programmen als besonders zukunftsrelevant erachte. Wichtig sei jedoch, inwieweit dies für die Verwaltung umsetzbar sei.

Die **CDU-Fraktion** führte aus, dass sie den vorliegenden Antrag als Prüfauftrag, wo die Einführung von Open-Source-Software zielführend und möglich sei, verstehe und insoweit unterstütze.

Die **Verwaltung** erklärte, es gebe sicherlich Vorteile für einzelne Bereiche, aber die Möglichkeit einer kompletten Umstellung auf Open-Source-Software sei nach derzeitigen Erkenntnissen unrealistisch. Sie wies darauf hin, dass ein genereller Prüfauftrag bei Neubeschaffungen mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand verbunden sei. Die Verwaltung tue gut daran, sich an den zentralen Bestrebungen der kommunalen Familie und des Landes zu orientieren und die IT-Strategie hiernach auszurichten. Eine Vorreiterrolle bei exklusiven Themen anzustreben, sehe sie aufgrund der vorhandenen Ressourcen nicht. Darüber hinaus sei man teilweise auch an die Rahmenbedingungen der kommunalen IT-Dienstleister gebunden.

Bürgermeisterin Stadler begrüßte den Blickwinkel des Antrages, Sie könne sich dem anschließen, wenn man sich darauf verständige, diesen schrittweise mitzudenken und dort zu prüfen, wo es sich anbietet. Sie schlug vor, den Antrag insoweit anzupassen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linken** sah keinen Änderungsbedarf für ihren Antrag.

Damit sich die Fraktionen beraten konnten, unterbrach **Bürgermeisterin Stadler** die Sitzung für 10 Minuten (von 19.19 bis 19.29 Uhr).

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung erklärte die **Fraktion Bündnis 90/ Die Linke**, dass sie unverändert an ihrem Antrag festhalte. Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Bürgermeisterin Stadler stellte den vorliegenden Antrag somit zur Abstimmung.

Antrag:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beauftragt die Verwaltung, die Möglich-

keiten einer schrittweisen Einführung und verstärkten Nutzung von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung zu prüfen und dem Rat einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

**11 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
12 Enthaltungen**

Der Antrag wurde somit angenommen.

21. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Linke vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung zur Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linke** erläuterte ihren Antrag.

Die **Verwaltung** erklärte, sie habe selbst ein großes Interesse an Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet. Dieses Thema sollte allerdings gesamtheitlich betrachtet werden und nicht nur für einzelne Straßen oder Abschnitte. Sie wies insoweit auf das in Arbeit befindliche Verkehrskonzept hin, dessen Einbringung für das erste Quartal 2027 geplant sei. Bei der Erstellung des Verkehrskonzeptes werde sie ein besonderes Augenmerk auf die im Antrag benannten Stelle legen.

Die **CDU-Fraktion** sprach sich dafür aus, das Gesamtkonzept abzuwarten. Insofern würde sie den vorliegenden Antrag heute ablehnen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Linke** zog ihren Antrag vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung zurück.

22. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Sicheres Miteinander im Naherholungsgebiet – Maßnahmen zur korrekten Nutzung von E-Scootern

Die **SPD-Fraktion** erläuterte ihren Antrag.

Die **AfD-Fraktion** begrüßte den Antrag und schlug vor, die zu treffenden Maßnahmen auf E-Bikes, Fahrräder, Roller und Autos zu erstrecken.

Die **CDU-Fraktion** wies auf das Unfallpräventionsangebot der Polizei hin und schlug vor, sie entsprechend mit ins Boot zu holen.

Die **Verwaltung** führte aus, dass sie Prävention für wichtig halte, die Kontrollen mit Aufbau des ordnungsbehördlichen Außendienstes erhöhen wolle und die Beschilderungen überprüfen werde. Darüber hinaus seien im Rahmen der mobilen Jugendarbeit Veranstaltungen zur Aufklärung und Sensibilisierung bei der Nutzung von E-Scootern geplant.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Einhaltung der geltenden verkehrsrechtlichen Vorschriften für die Nutzung von E-Scootern im Naherholungsgebiet zu überprüfen und Möglichkeiten für eine konsequentere Kontrolle und Durchsetzung darzustellen,
2. zu prüfen, ob in besonders sensiblen Bereichen des Naherholungsgebietes aus Gründen der Verkehrssicherheit oder des Schutzes der Erholungsfunktion verkehrsrechtliche Maßnahmen erforderlich und rechtlich zulässig sind,
3. zu prüfen, ob eine klarstellende Beschilderung oder andere geeignete Hinweise zur zulässigen Nutzung von E-Scootern im Naherholungsgebiet sinnvoll und umsetzbar sind,
4. dem zuständigen Fachausschuss aber die Ergebnisse der Prüfung und mögliche Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen

23. **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Beitritt der Stadt Übach-Palenberg zum Fachnetzwerk Fördermittel NRW der Kommunal Agentur NRW**
-

Antrag:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt,

1. dass die Stadt Übach-Palenberg Mitglied im Fachnetzwerk Fördermittel NRW der Kommunal Agentur NRW wird und
2. die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

24. **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2026 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung der Möglichkeiten für ein Sommer-Zeltlager für Kinder und Jugendliche im Ü-Bad**
-

Die **SPD-Fraktion** erläuterte, dass sie das Ü-Bad aufgrund seiner großzügigen Wiesenflächen und der vorhandenen Sanitäranlagen als geeigneten Standort für ein Feriencamp ansehe.

Die **Verwaltung** wies darauf hin, dass das Mehrgenerationenhaus bereits ein umfangreiches Ferienangebot für die Schulferien bereithalte. Darüber hinaus bieten auch freie Träger und der Kreis Heinsberg im Rahmen der offenen Jugendarbeit viele Ferienprogramme an. Insofern stelle sich die Frage, inwieweit überhaupt weiterer Bedarf bestehe. Das Ü-Bad schloss die Verwaltung aufgrund der dort vorhandenen großen offenen Wasserflächen als möglichen Standort für ein weiteres Ferienangebot jedoch aus.

Die **SPD-Fraktion** begrüßte die Vielzahl bestehender Ferienangebote, dankte der Verwaltung für die Ausführungen und zog ihren Antrag daraufhin zurück.

25. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

26. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

27. Bericht und Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die **Verwaltung** teilte mit, dass die Fördermittelzusage für den Heimatpreis eingegangen sei und somit das weitere Verfahren angestoßen werden könne.

Weiterhin nahm sie Bezug auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses betr. Freikarten für Schülerinnen und Schüler für die Sommerferien und teilte mit, dass die Ausgabe erfolgt sei.

Die **Verwaltung** informierte darüber, dass der Online-Kartenkauf für das Ü-Bad über den Webshop voraussichtlich ab der kommenden Woche möglich sein werde.

Anfragen

Anfrage 1 der CDU-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass der seit dem vergangenen Jahr defekte Brunnen an der Geilenkirchener Straße im Eigentum der evangelischen Kirchengemeinde Übach-Palenberg stehe und sie betr. eine Instandsetzung bereits Kontakt mit der Kirchengemeinde aufgenommen habe. Eine Rückmeldung stehe noch aus.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass die Sozialraumanalyse ein Projekt des Mehrgenerationenhauses sei, bei dem auch die Schulen einbezogen worden seien. Nach entsprechender Auswertung werde über die Ergebnisse im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales berichtet.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass sich die Kosten für die bereits erbrachten Planungsleistungen für die drei Kunstrasenplätze auf ca. 115.000 € belaufen.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass sie die Planungen zur Verwendung des Sondervermögens, das verschiedene Maßnahmenuntergruppen umfasst, bereits aufgenommen habe und zu gegebener Zeit in den entsprechenden Gremien vorstellen werde.

Bürgermeisterin Stadler schloss um 20.06 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeisterin Stadler** um 20.29 Uhr die Sitzung.

Stadler
Bürgermeisterin

Feiter
Schriftführerin